

Walter Mertineit

DIE UMSETZUNG DER DEUTSCH-POLNISCHEN SCHULBUCHEMPFEHLUNGEN
AUS DEUTSCHER SICHT

Ich dachte, ich könnte hier einen Beitrag zu unserer anschließenden Diskussion leisten, indem ich Ihnen einige Bemerkungen vortrage - Bemerkungen im Licht einer subjektiven Bewertung der Frage nach der Umsetzung der deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen in der Bundesrepublik Deutschland . Natürlich ist es keine beliebige subjektive Sicht, die ich hier vortragen will, sondern eine durchaus an Fakten orientierte.

Welche Fakten bestimmen mich, wenn ich zu einer Bewertung der Umsetzung komme? Ich meine, es sind die Merkmale, die diese gemeinsame deutsch-polnische Schulbuchkommission unterscheiden und zwar von den Hunderten von bilateralen Schulbuchkommissionen, die es auf der Welt gibt. Ihr am nächsten vergleichbar wäre im Blick auf die geschichtliche Tragweite des Nachbarschaftsverhältnisses die deutsch-französische Schulbuchkommission der fünfziger Jahre, aber auch hier, finde ich, ist die Vergleichbarkeit höchst begrenzt.

Es sind also die Besonderheiten des deutsch-polnischen Verhältnisses, die auch den besonderen Charakter dieser deutsch-polnischen Schulbuchkommission ausmachen. Ich erinnere an zwei Jahresdaten: 1972, als wir zum erstenmal zusammenkamen und 1982, da wir Gäste der Landesregierung von Hessen sein und die 15. Konferenz haben werden. Wir können dann auf ein Jahrzehnt gemeinsamer deutsch-polnischer Bemühungen um die Verbesserung unserer Schulbücher zurückblicken, und dies ist, meine ich, ein wichtiges Merkmal unserer Kommission: ihre Kontinuität, ihre Persistenz in der Arbeit. Dadurch haben wir -

und ich denke, ich habe da keine übertriebenen Illusionen - in beiden Ländern ein großes Maß an Glaubwürdigkeit gewonnen, an Glaubwürdigkeit als Dialogpartner. Wir haben die Fruchtbarkeit dieses Dialogs ja auch an vielen Stellen sichtbar machen können, auch hier in der Friedrich-Ebert-Stiftung. Draussen auf den Tischen haben Sie ja - und ich hoffe, Sie greifen zu- Spuren unserer Arbeit, wobei ich insbesondere an die Reihe der Konferenzpublikationen denke, die das Georg-Eckert-Institut für eine internationale Schulbuchkonferenz herausgibt. Das sind inzwischen auf deutscher Seite schon fast fünf Bände (der fünfte erscheint demnächst) mit Referaten zu Themen der deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte; auf polnischer Seite ist meines Wissens die vierte Publikation in Vorbereitung. Das ist schon etwas, das meine ich, hier Hervorhebung verdient und was die Rede von der Glaubwürdigkeit, die wir allmählich gewonnen haben, nicht zur bloßen Redensart werden läßt.

Die Stärke, wenn Sie mir diesen anspruchsvollen Begriff gestatten wollen, die Stärke unserer gemeinsamen Kommission, der wir ja auch unser Überleben - trotz manchen Mißtrauens und mancher Widerstände in Polen, mehr aber noch in der Bundesrepublik - verdanken, beruht, glaube ich, auf der Festigkeit einiger weniger Grundprinzipien. Wir haben - anders als unsere Gegner - unserer Arbeitsprinzipien, auch die methodischen, offengelegt. Wir haben, anders als unsere Gegner - die Gemeinsamkeit unserer Verantwortung als den uns tragenden Grundsatz betont, die Gemeinsamkeit unserer Verantwortung, um den nationalen Interessenperspektiven beider Geschichte, beider Interpretation von Geschichte von vornherein Grenzen zu setzen. Das heißt nicht, diese nationalen Interessenperspektiven zu eliminieren, natürlich nicht, da doch das nationale Geschichtsinteresse seine eigene und gegenseitige, von uns respektierte Legitimität durchaus besitzt; aber man muß diesen Interessenperspektiven gegenseitig immer wieder das Mittel der Kontrolle entgegenbringen.

Die Gemeinsamkeit unserer Verantwortung gegenüber der geschichtlichen Arbeit, gegenüber der Aufarbeitung, der Bewältigung der Vergangenheit entstand zwischen den deutschen und den polnischen Historikern und Geographen. Und hier, lieber Herr Barbag, möchte ich wirklich noch ein sehr nachdrückliches Wort zur Rolle der Geographen in dieser Kommission sagen. Sie ergibt sich einfach aus der Natur der Sache: die Konfliktstoffe liegen im historisch - politischen Bereich, während der geographische Bereich der relativ konfliktfrei ist. Von daher läuft bei Ihnen die Arbeit - nicht zuletzt aufgrund des Beteiligtseins - so sachlich eingestellter und kompetenter Personen, wie Sie und Kollege Wöhlke und Herr Sperling es sind. Die Geographiekommission hat einen ganz maßgeblichen Anteil zur - sagen wir einmal - Glättung der viel leichter erregbaren Wellen im historiographischen Bereich geleistet. Und dieses müssen wir, Kollege Barbag, Ihnen und Ihren Kollegen von der Geographie einfach ins Stammbuch schreiben, denn ohne Sie wären wir "halb".

Nun, ich spreche von der Gemeinsamkeit unserer Verantwortung. Eben daraus entstand zwischen den deutschen und polnischen Historikern und Geographen das, was Aleksander Gieysztor, kein unbedeutender polnischer Zeitgenosse, eine "Erlebnismgemeinschaft" genannt hat: "Eine zwischen den polnischen und deutschen Historikern entstandene Erlebnismgemeinschaft in den Problemen und auch in den menschlichen Beziehungen, eine Erlebnismgemeinschaft, die uns während dieser knappen Zeit verbunden hat: im Zeichen der Freundschaft in omnibus caritas, in der Notwendigkeit, unser gemeinsames Ziel zu verfolgen, also in necessariis unitas, aber manchmal in dubiis libertas." A. Gieysztor zur Zeit sowohl Präsident der Polnischen Akademie der Wissenschaften als auch Präsident des Internationalen Historikerverbandes und in diesem Amt Nachfolger von Karl Dietrich Erdmann, sprach in seiner sehr schönen Schlußzusammenfassung, der polnischen Zusammenfassung,

unserer Allensteiner Konferenz von 1979 von der "Erlebnisgemeinschaft."

Es hat sich als richtig erwiesen, daß wir nicht bei den Schulbuchempfehlungen stehengeblieben sind - darüber hat Kollege Markiewicz gesprochen - sondern die unter sprachlich ästhetischen Gesichtspunkten etwas dürftige, sehr knappe, allerdings auch feste Textgestalt der Empfehlungen mit der Substanz wissenschaftlicher Arbeit anreicherten. Hier entsteht - und ich wies schon auf die vier bis fünf publizierten Bände hin - ein gemeinsames deutsch-polnisches historiographisches Werk, das ohne Beispiele in der ganzen Geschichte internationaler Schulbuchgespräche ist, und ich glaube auch ohne Beispiele in der internationalen wissenschaftlichen Historiographie, völlig ausserhalb der Schulbuchfrage.

Ich bin gefragt worden, ob durch die Betonung der wissenschaftlichen Grundlagen ihrer Arbeit die Schulbuchkommission nicht doch ihren Anspruch von 1972 reduziert, auf die Verbesserung der Schulbücher in beiden Ländern einzuwirken, ob sie diesen Anspruch nicht auf die bloße Präsenz in den Bücherschränken von Gelehrten reduziere. Ich meine sagen zu können: nein. Ich könnte Ihnen viele Beispiele der Katalysatorwirkung gerade der wissenschaftlichen Seite unserer Arbeit in den Schulen nennen. Hier ist heute eine schon unzerstörbare Substanz geschaffen worden.

Und, Herr Podkowinski und Herr Tomala, ich möchte, nachdem ich mit Interesse Ihre Lakmuspapiertheorie gehört habe, Ihnen eine andere Theorie entgegenstellen und zwar die Katalysatortheorie. Sie entspricht dem Prozess allmählicher Veränderungen der gegenseitigen geschichtlichen Vorstellungen auch durch die

sogenannte "Umsetzung" der Empfehlungen besser als die Lakmuspapiertheorie, die nur rot oder blau kennt. Wir hatten darüber einen fruchtlosen Streit schon beim Dritten Deutsch-Polnischen Forum in Darmstadt.

Die Einschätzung der sogenannten "Umsetzung" der Empfehlungen wird bei uns ja durch unsere Erfahrungen im Kreis der Schulbuchkommissions-Mitglieder bestimmt, im Umgang mit der gemeinsamen geschichtlichen Arbeit; im Kennenlernen unseres gemeinsamen Verständnisses von wissenschaftlicher Verantwortung. Sie wird auch bestimmt durch unsere Übereinstimmung in den politischen Perspektiven, aus Fehlern zu lernen und es künftig besser zu machen, durch unsere Übereinstimmung auch hinsichtlich der Verantwortung der Wissenschaft für den Frieden in Europa und die Rolle, die dabei Deutschen und Polen zukommt. Hier, glaube ich, ist die Katalysatortheorie vielleicht fruchtbarer als die Lakmuspapiertheorie. Die Katalysatortheorie rechnet allerdings in längeren Zeiträumen, erfordert einen längeren Atem. Wir fanden uns in der gemeinsamen deutsch-polnischen Schulbuchkommission eigentlich recht gut verstanden durch den in Polen und nicht nur in Polen bekannten bedeutenden Historiker Tadeusz Jedruscak, als er in Ihrer Historischen Vierteljahresschrift - ich glaube, vor drei Jahren - schrieb, man müsse sich unbedingt klarmachen, daß Fortschritte in dieser Sache nur in Etappen möglich seien, daß man das, was sich im Laufe von Jahrhunderten gebildet hat, nicht auf einmal verändern könne; die Empfehlungen seien jedoch ein erster Schritt auf dem Wege dorthin.

Nun, ich habe mir erlaubt, aus der Perspektive, aus der subjektiven Einschätzung eines Mitglieds der Kommission einiges zur Frage der Bewertung der Umsetzung zu sagen. Man müßte das jetzt noch ergänzen, etwa aus der Sicht unserer Schulbuchautoren, aber auch aus der Sicht der Lehrer und Schüler wäre zu reden.

Das ist eine vielfältig in sich differenzierte Sicht der Dinge. Es läßt sich ferner feststellen, daß die Arbeit der gemeinsamen deutsch-polnischen Schulbuchkommission einen ungewöhnlich hohen Grad von Publizität in diesem Lande erreicht hat, eine Publizität, wie sie keine einzige KMK-Empfehlung kennt. Natürlich verdanken wir unseren Gegnern - Gott sei Dank - eine ganze Menge dieser Publizität; das hätten wir allein so nicht zustande gebracht. Ich kann auf immens hohe Auflagenziffern hinweisen; so hat etwa der Text der Empfehlungen eine Auflage von mehreren Hunderten erreicht. Ich denke da an kleinere Beispiele, etwa an die Publikationen, hier in der Friedrich-Ebert-Stiftung, die - wie Du, Peter Schneider mir vorhin erzählt hast - weggehen, wie "warme Semmeln". Ich könnte hier noch viele Beispiele auführen, Beispiele dafür, welche weitreichenden Wirkungen die Tätigkeit der Kommission in die verschiedensten Bereiche hinein hat. Ich brauche aber hier, weil die meisten von Ihnen mit diesen Dingen nicht weniger vertraut sind als ich, gar keine lange Liste vorlegen.

Natürlich ist die Frage der Umsetzung dieser Schulbuchempfehlung auch weithin eine Frage der politischen Entscheidung in den Parlamenten, und es ist ja heute offen ausgesprochen worden - was dahintersteht. Ministerpräsident Späth sagte, zum Beispiel, die deutsch-polnische Schulbuchkommission habe weniger einen wissenschaftlichen Charakter als den einer - ich zitiere wörtlich - "politischen Kampfinstrumente in der Auseinandersetzung zwischen Ost und West." Solche und ähnlich lautende Argumente haben eine Wirkung gehabt: Sie haben die KMK-Empfehlung, auf die Polen eigentlich, insbesondere nach den Kulturabkommen von 1976, ein gutes Recht gehabt hätten, verhindert. Ohne Zweifel sind die politischen Erfolge des Bundes der vertriebenen Deutschen hier ganz beachtlich. Alle negativen Argumente in den Landtagsverhandlungen sind den

BDV-Verlautbarungen entnommen, sind deckungsgleich, häufig wortgleich mit ihnen.

Meine Rede ist längst abgelaufen. Ich will hier nichts mehr über die Struktur dieser Argumente gegen uns sagen, über die falschen Perspektiven der Kritik, über die Kritik in agitatorischer Absicht gegen uns; darüber wird vielleicht in der Diskussion gesprochen. Aber-als Fazit: damit müssen wir, und damit können wir leben.

Die gemeinsame deutsch-polnische Schulbuchkommission hat sich, glaube ich, zu einer der bislang festesten und beständigsten Elemente im sogenannten Normalisierungsprozess entwickelt. Sie könnte es bleiben und noch wirksamer werden, wenn man sie als Katalysator und nicht als Lakmuspapier versteht und anerkennt. Das läuft natürlich nicht von allein. Wir brauchen die Unterstützung aller derjenigen, die die Normalisierung und auch die Arbeit der deutsch-polnischen Schulbuchkommission unumkehrbar und unzerstörbar machen wollen.

Herbert Knepper

DIE UMSETZUNG DER DEUTSCH-POLNISCHEN SCHULBUCHEMPFEHLUNGEN AUS
DEUTSCHER SICHT

Sie wissen, daß ich im Kultusministerium von Nordrhein-Westfalen für den Bereich zuständig bin, der uns hier heute zusammengeführt hat. Daher liegt es nahe, daß ich im Anschluß an die Rede des Ministers gestern auch nicht mehr über allzu viele "Rosinen" für den Kuchen verfüge. Allenfalls könnte ich Plätzchen - besser gesagt - kleine Brötchen backen. Aber das könnte - nachdem sie bereits so viele dicke Kuchen gegessen habe - ja auch der Bekömmlichkeit und dem Wohlbefinden im Verlauf des gemütlichen Abends heute dienlich sein.

Zunächst zur praktischen Umsetzung der Schulbuch-Empfehlungen in Nordrhein-Westfalen: Hier muß ich - sehr formal - etwas sagen, was natürlich auch für unsere Bundesländer gilt; ich muß das sagen, weil es einen so schönen, plastischen Kontrast zu dem bietet, was Herr Rzeszotarski eben ausgeführt hat: Wir haben es selbstverständlich hier in Nordrhein-Westfalen wie auch in anderen Bundesländern nicht mit sieben oder zehn oder elf oder fünfzehn Büchern jeweils zu tun, je nachdem, was für Schulstufen man im Auge hat, sondern wir haben es mit Hunderten von Büchern zu tun, mit Hunderten, einer kaum überschaubaren Fülle also.

Hier im Raum sitzen mehrere Mitglieder der Prüfkommision für Schulbücher in diesem Bereich, und ich habe mich in der Pause mit einigen der Damen und Herren unterhalten: Niemand von ihnen hat einen erschöpfenden Überblick über den Markt. Das ist gar nicht möglich angesichts der vorhandenen Fülle, und deshalb vollzieht sich eine Revision unter dem Aspekt etwa der Schulbuchempfehlungen auch ganz anders als bei Ihnen, Herr Rzeszotarski. Hier wird nicht gesagt: So, jetzt haben wir diese Bücher, jetzt wird darin dieses und jenes umgeschrieben; denn das ist zunächst einmal Sache der Verlage. Diese befinden aber nun nicht etwa, wie Sie

vielleicht denken könnten, in einer sehr kapitalistisch-selbstherrlichen Weise darüber, ob und wie etwas umgeschrieben wird oder nicht.

Die Verlage wissen vielmehr durchaus, daß sie sich, wenn solche Empfehlungen bei der Prüfung Maßstab sind, diesem Maßstab auch stellen müssen, und das hat dann schon seine Konsequenzen. Konsequenzen aber nicht in der Weise, daß nun Bücher gezielt umgeschrieben werden, sondern vielmehr in der Weise, daß die Verlage ihre älteren Werke langsam auslaufen lassen und ihre Bemühungen darauf richten, Nachfolgewerke herauszubringen, die solche neuerhobenen Forderungen berücksichtigen. Diese Nachfolgewerke treten dann langsam an die Stelle der alten Werke.

Nun könnte man zu Recht sagen, dieses "Auslaufen" dauere möglicherweise viel zu lange. Das ist richtig. Wir haben deswegen bereits vor mehreren Jahren eine Revision im Bereich der Geschichte, auch der Erdkunde, durchgeführt, um alle Altbestände daraufhin zu überprüfen, ob sie noch geeignet sind und auch den deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen in hinreichender Weise entsprechen, das heißt, mit ihnen vereinbar sind. Diese Revision ist für die Sekundarstufe I abgeschlossen. Wir sind in der glücklichen Lage, Ihnen heute sagen zu können, daß wir bereits etliche Streichungen im Verzeichnis der genehmigten Lehrmittel durchgeführt und eine Reihe von weiteren Werken mit dem Vermerk "auslaufend" versehen haben, so daß in den nächsten Jahren eine völlige Umgestaltung der Schulbuchlandschaft abgeschlossen sein wird. So weit sind wir, und ich darf auch darauf hinweisen, daß der Minister gestern nicht ohne Grund gesagt hat, bislang sei von der Schulbuchkommission noch niemals ein Fall, ein Konfliktfall, im Hinblick auf die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen vorgelegt worden; das heißt also, die Adaption dieser Empfehlungen durch die Autoren in der Bundesrepublik scheint relativ glatt zu laufen. Einzelfälle, die uns von anderer Seite vorgetragen worden sind,

auch berechtigte Kritiken von der polnischen Botschaft sind auf ihre Ursprünge hin verfolgt worden. Es konnte festgestellt werden, daß das betreffende Buch schon zu Zeiten erschienen und auf dem Markt gewesen war, als solche Forderungen, wie wir sie heute stellen, noch nicht erhoben wurden. Ich glaube, das Bild ist, insgesamt gesehen recht erfreulich; weniger gut ist es allerdings noch in dem Bereich, über den wir in diesen Tagen besonders intensiv gesprochen haben.

Bitte haben sie Verständnis, daß ich im Gegensatz zu Walter Mertineit diesen Konfliktbereich "Grenzen" doch noch einmal aufgreifen möchte, und zwar deswegen, weil - nachdem der Minister gestern als erster darüber gesprochen hat - sehr viele Stellungnahmen dazu erfolgt sind, zwar manche verständnisvollen, aber doch auch sehr viele, in denen begreifliche Emotionen zum Ausdruck gekommen sind. Es ergibt sich vielleicht eine Art Kreisbewegung der Diskussion, wenn ich nun zum Abschluß noch einige wichtige Argumentationen dazu vorbringe, Argumentationen, die nicht etwa eine Wiederholung dessen sind, was der Minister gestern ausgeführt hat.

Vor allen Dingen möchte ich die Stichworte von Prof. Fabian "unbefriedigende Lösung", von Prof. Barbag "Grundsatzfrage, keine quantitative Frage", von Peter Bender "klare Verhältnisse sind besser" usw. aufgreifen und Ihnen zu diesen Stichworten, die ja jeweils in die gleiche Richtung gingen, vier Rückblenden vortragen. Diese vier Rückblenden werfen jeweils ein ganz bestimmtes Licht auf eine ganz bestimmte Situation, eine "historische" Situation, obwohl ich nicht weiter als vier Jahre zurückgehe.

Erste Rückblende 1977

Nordrhein-Westfalen entschließt sich zu dem berühmten Alleingang, von dem Sie wissen. Die Vorlage, die damals zunächst ausgearbeitet worden ist, die Kabinettsvorlage, von der der Minister

gestern gesprochen hat, sieht aber anders aus als das spätere Ergebnis, das Sie kennen. In dieser Vorlage ist zwar die Rede von einer Karte, auf der die berühmte "Perlenkette" abzubilden sei, aber diese Karte wird ausdrücklich als historische Karte definiert, und in dieser Hinsicht gibt es ja auch hier, zwischen uns, keine Probleme. Aber bereits in den ersten Besprechungen innerhalb des Ministeriums, in dem ich arbeite, und anschließend unter den verschiedenen beteiligten anderen Ministerien erweist sich diese Lösung als völlig in-diskutabel. Sie wird hinweggefegt, und es besteht angesichts der einhelligen juristischen Argumentation - quer durch die Mitglieder aller Parteien, muß ich betonen - überhaupt keine Möglichkeit, die Kabinettsvorlage auch nur eine Etage höher zu bringen, wenn diese Passage nicht vollkommen umformuliert wird. Sie wird abgeändert in den bekanntgewordenen Satz, diese Karte dürfe nicht als historische Karte bezeichnet werden. Das heißt, es wird an dieser Stelle eine völlige Kehrtwendung notwendig, ohne die man die Sache in der Schublade hätte liegen lassen müssen. Dies müssen Sie als geschichtlichen Hintergrund sehen.

Das Ergebnis dieser Situation im Jahre 1977 ist unser bekannter Erlass vom 22. Dezember 1977. Diese erste Rückblende scheint mir außerordentlich wichtig, weil sie ein Kernproblem beleuchtet, das bis heute bestimmend geblieben ist.

Nun etwas in Klammern: (Ich habe gerade das Wort "Perlenkette" benutzt. Gestern ist etwas gekränkt auf diesen Begriff reagiert worden; ich muß das erklären. Das Wort "Perlenkette" ist entstanden als ein Schimpfwort; es ist als ein Schimpfwort in die Debatte gebracht worden, von denjenigen, die diese "Perlenkette" nicht wollen. Bitte, denken sie also nicht, es solle sein eine Verniedlichung; ich habe lediglich - und das ist allgemein verbreitet - dieses Schimpfwort aufgegriffen, will damit also nichts verniedlichen. Aber wir können diese Sache auch anders ausdrücken.)

Zweite Rückblende 1978

Der Erlaß vom 22. Dezember 1977 ist heraus, liegt auf dem Tisch, wird allgemein bekannt. Sie können sich denken, wie die B-Länder reagieren: Empört bekräftigen sie ihre Gegenposition. Aber auch aus Berlin und Hamburg kommen - inoffiziell - mißbilligende Töne, Distanzierungen. Hessen gibt sich wohlwollend, aber auch distanziert. Von Bremen her wird uns nach einigen Schrecksekunden Zustimmung und Schulterklopfen zuteil. Wir stehen also fast allein. Aus Polen kommt schärfste Kritik, genau mit den Worten, mit denen auch hier kritisiert worden ist: Es handele sich nicht um eine quantitative Frage, ob eine Karte oder alle, das sei völlig egal; das Ganze sei eine mißlungene Sache. Wir werden aufgefordert, den Erlaß zurückzunehmen. Fazit: Wir sitzen zwischen allen Stühlen. Und das zwei Jahre lang. Kein einziges der A-Länder schließt sich aktiv unserer Erlaßregelung an.

Dritte Rückblende 1979/80

In der Kultusministerkonferenz sprechen sich die sozial-liberal-regierten Länder, alle A-Länder, wie man zu sagen pflegt, für unsere Erlaßregelung aus. Aber obwohl die meisten Länder des sozial-liberalen Lagers sich nun hinter die nordrhein-westfälische Konzeption stellen, findet sich immer noch keines dieser Länder bereit, selbst die gleiche Regelung für sich zu treffen und dadurch die Position Nordrhein-Westfalens gegenüber den Verlagen zu stärken. Auch Hamburg und Bremen nicht. (Wir hätten uns sehr darüber gefreut, wenn Hamburg und Bremen sich unsere Regelung, die sie heute als optimal ansehen, in den Jahren seit 1977 auch mal zu eigen gemacht hätten.)

Währenddessen ist die Haltung in Polen unverändert:

Ich erinnere mich sehr gut; Herr Rzeszotarski erinnert sich auch sehr gut, Herr Suek und Frau Sprenger, Herr Maibaum - wir alle erinnern uns an die Diskussionen in Thorn während einer Tagung

der Friedrich-Ebert-Stiftung. Trotz der ja nun eindeutig extremen Position von Nordrhein-Westfalen - und sie war einfach extrem damals - ist man in Polen, ist insbesondere auch Minister Jeziarski nicht bereit zu differenzieren; seine sicherlich grundsätzlich berechnete Kritik richtete sich vielmehr gegen alle Bundesländer einheitlich. Wer das miterlebt hat, wird das nicht vergessen.

Vierte Rückblende Dezember 1980/Januar 1981

In Gesprächen zwischen Holtmeier, Rheinland-Pfalz, und Knepper Nordrhein-Westfalen, wird der letzte Versuch unternommen, einen Kompromiß zu finden. Natürlich setze ich mich für die nordrhein-westfälische Lösung ein, die wir ja zu dieser Zeit als Erlassregelung noch haben, schließlich habe ich lange für sie gekämpft. Aber was kann mir Herr Holtmeier, der in Thorn und Warschau auch dabei gewesen ist, anderes sagen, als, ich wisse es doch selbst, daß wir diese weitergehende Lösung ruhig nehmen könnten, beschimpft würden wir dennoch. Und damit hat er völlig recht behalten. (Gestern und heute wurde das hier bewiesen.)

So weit die vier Rückblenden.

Diese vier Rückblenden skizzieren ein Szenario sehr begrenzter Spielräume. Es gab im Grunde nur zwei Möglichkeiten: eine A-Länder-Lösung, die der relativ extremen Position von Nordrhein-Westfalen entsprochen hätte, aber von polnischer Seite auch als unakzeptabler Kompromiß gescholten worden wäre, verbunden mit innenpolitischer Polarisierung: das heißt, die B-Länder hätten auf diese Polarisierung entsprechend reagiert. Es gibt bereits seit 1980 einen bayerischen Erlass an alle Verlage, dem zufolge die polnische Westgrenze nicht mehr als normale Staatsgrenze einzuzeichnen, sondern durch eine besondere Signatur darzustellen ist. Das heißt, die weitere Verhärtung auf der Seite der B-Länder war schon eingeleitet.

Als zweite Möglichkeit gab es die Lösung, auf die es nun hinaus-

gelaufen ist, einen quantitativen Kompromiß. Einen Kompromiß also, der diesen Rollback auf der Seite der B-Länder abfangen konnte und sie zwang, auch sonstige von ihnen eingenommene Grundsatzpositionen aufzugeben. Es ist erstaunlich, daß dies überhaupt eine Möglichkeit war, und es gibt dazu mehrere Hintergründe, die man nicht öffentlich erörtern kann.

Wenn man das interne Gesprächsklima zwischen den Fronten kennt, weiß man, daß der zweite Weg der einzige Weg des Fortschritts sein konnte und sein kann, weil dieser Weg das Hinwegführen über ostpolitische Tabus in sich einschließt. Solch ein Prozeß ist ein psychologisches Problem, und ein psychologisches Problem muß wohl auch auf der quantitativen Ebene gesehen werden: So richtig es einerseits ist, wenn Prof. Barbag sagt, daß eine Grundsatzfrage nicht quantitativ gelöst werden könne, so sehr ist - muß man auf der anderen Seite sagen - ein innenpolitisch - psychologischer Lernprozess, ein Entwicklungsprozess, ein Annäherungsprozess durchaus gerade auf quantitativer Ebene anzusiedeln. Und nur auf quantitativer Ebene war auch die Annäherung der Länder, war das Herausführen aus bestimmten Grundsatzpositionen möglich. Insofern ist die Reduktion der Zahl der "Perlenketten" eine Art psychologisches Symbol zunehmender Anerkennung von Realität, damit Symbol einer notwendigen Bewußtseinsverschiebung.

Auch auf das Lehrerbewußtsein kommt es in diesem Zusammenhang an. Ausschlaggebend ist nicht so sehr die Gestaltung der Karten; noch wichtiger ist, welche Interpretation die Lehrer dazu geben. Ob ihre Interpretation emotionsgeladen oder sachlich, ob sie revanchistisch oder nicht revanchistisch sind und inwieweit sie den Willen zur Kooperation und Verständigung wecken bzw. fördern - darauf kommt es hier an, und dieses Lehrerbewußtsein ist wieder abhängig vom Grad der Polarisierung in der Gesellschaft. Das heißt, der Abbau der Polarisierung, der hier eingeleitet wurde, ist ein erheblicher Beitrag dazu, daß die Lehrerschaft insgesamt unbefangener, unverkrampfter und entspannter

über diese Thematik sprechen kann. Das ist - längerfristig - sicher optimistisch zu werten.

Meine Damen und Herren, ich will hier nicht weinerlich werden und in den Ruf einmünden: Lobt uns doch mal, wenn wir - zwar nur geringe Fortschritte, aber immerhin - Fortschritte erzielt haben. Als Pädagoge ist mir natürlich bewußt, daß man bei Kindern jede positive Entwicklung loben muß, will man nicht Motivation vernichten; aber wir sind keine Kinder und tun auch dann weiter das von uns als richtiger Erkannte, wenn wir dafür getadelt werden. Aber wenn man jeden Fortschritt kritisiert, weil er noch unvollkommen ist, hilft man den Gegnern, hilft man denjenigen, die gar nichts wollen. Solche Wirkungen hat es gerade in der Grenzdiskussion in den vergangenen Jahren schon gegeben.

Die Rückblenden müßten zum Beispiel deutlich gemacht haben, daß man uns heute genau die Regelung als positiv vor Augen hält, die wir jahrelang selbst vertreten haben und mit der uns fast alle, Deutsche wie Polen "im Regen stehen" haben lassen. So sollte es nicht weitergehen. Dies sollte die polnische Seite, sollten aber auch viele Deutsche ernstlich bedenken.

DISKUSSIONSBEITRÄGE

von

Prof. Dr. JOZEF BARBAG
Universität Warschau
Mitglied der Gemeinsamen deutsch-polnischen Schulbuchkommission

Prof. Dr. PETER G. THIELEN
Universität Bonn

Dr. PETER BENDER
Journalist, Berlin

Dr. WERNER MAIBAUM
Leiter des Ostkollegs, Köln

Prof. Dr. WALTER SPERLING
Universität Trier

Dr. HERBERT KNEPPER
Ministerialrat im Kultusministerium des Landes NRW, Düsseldorf

FRANZ THÖNEBÖHN
Franz-Dinnendahl-Schule, Essen
Mitglied der Landesschulbuchkommission Politische Bildung NRW

JOZEF BARBAG:

Ich bitte um Verzeihung und Toleranz, daß ich hier zum zweitenmal das Wort ergreife, obwohl wir unter Zeitdruck stehen. Aber ich wurde ein wenig provoziert durch meinen lieben Kollegen Rzeszotarski, der die Geographie fast vergessen hat, und möchte auch bei dieser Gelegenheit Herrn Professor Mertineit meinen Dank sagen, daß er so schön über die Geographie gesprochen hat.

Warum spricht man eigentlich so wenig über die Geographie? Nicht nur deswegen, weil sie keine strittigen Probleme hat - das ist nicht der wichtigste Grund, glaube ich. Der wichtigste Grund ist, daß sie sich mit zeitgenössischen Fragen beschäftigt, und die sind ziemlich unangenehm. Es ist ja doch viel leichter und viel bequemer, sich zum Beispiel mit dem Deutschen Orden zu befassen, als mit den heutigen Problemen, und das ist der Grund dafür, daß man von unserer Arbeit so wenig spricht und sich so wenig mit ihr beschäftigt.

In diesem Zusammenhang möchte ich erwähnen, daß wir Geographen seit zehn Jahren in der Schulbuchkommission tätig sind, daß wir vier Seminare, zwei in der Bundesrepublik Deutschland und zwei in Polen, durchgeführt haben und daß es bei uns wirklich wenige strittige Probleme gibt, weil wir sachbezogen arbeiten und uns mit den Realitäten befassen, die man konkret "anfassen" und beweisen kann. Aber nicht alle Fragen, mit denen wir es zu tun haben, sind problemlos, und nicht in allen Problemen sind wir uns alle einig. Das größte und wichtigste Problem ist das kartographische, das ungeliebte Kind unserer Kommission und aller unserer Tagungen. Aber es ist ein Schlüsselproblem, keines, das man mit irgendwelchen historischen Problemen vergleichen könnte.

Ich schätze die Geographie - natürlich -, und ich will sie nicht gegenüber der Geschichte, dem Geschichtsunterricht völlig in den Hintergrund gedrängt sehen, aber ich will sie auch nicht überschätzen. Ich werde nie ein Erlebnis vergessen, das ich bei einem Besuch in Bayern in einer dortigen Schule hatte. Einer meiner Kollegen fragte eine Schülerin - es war eine Oberschule, die wir besuchten -, wer Hindenburg gewesen sei. Weder sie noch irgend jemand sonst in der

Klasse wußte irgendeine Antwort. Auch die zweite Frage, ob denn jemand wisse, wer Stresemann gewesen sei und welche Rolle er gespielt habe, konnte keiner von den Schülerinnen und Schülern beantworten. Niemand wußte etwas über Hindenburg und Stresemann!

Wir können das bedauern, und ganz gewiß ist es bedauerlich. Aber es zeigt auch, eine wie geringe Rolle die Geschichte im Bewußtsein unserer Jugend spielt. Wir wünschen uns natürlich, daß ihr eine größere Bedeutung beigemessen würde, aber leider ist das nicht der Fall, das müssen wir ganz klar sehen. Und deshalb - glaube ich - dürfen wir die Geschichte nicht überschätzen; natürlich dürfen wir sie auch nicht unterschätzen, ebensowenig, wie wir den Geographieunterricht, in dem man sich mit den Realitäten befaßt, unterschätzen dürfen.

Was bedeutet nun diese sogenannte "Perlenkette", diese punktierte Linie, die eine Grenze bezeichnet, die eine falsche Grenze bezeichnet? Es entsteht ein Staat, der eine östliche und eine westliche Westgrenze hat, die westliche bezeichnet eben durch diese "Perlenkette". Einen solchen Staat gibt es nicht und hat es in der Geschichte niemals gegeben. Das ist ganz einfach eine Fälschung, denn in der Realität existiert so etwas nicht!

Nun bedenken Sie bitte, daß drei Millionen Schüler in der Bundesrepublik Deutschland das anschaulich vorgeführt bekommen. Was bedeutet das für diese Schüler? Ich denke hier gar nicht an das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, in dem ja die Grenzen, das Territorium und damit die Souveränität eines Staates angezweifelt werden. Aber eben dies bekommen die Schüler hier vorgeführt, denn nirgendwo anders, nirgendwo sonst auf irgendeiner Karte irgendeines Landes sehen sie etwas Ähnliches - ausgedrückt durch diese "Perlenkette".

Das ist sehr wichtig - obwohl einem natürlich auch verschiedene Witze dazu einfallen könnten -, aber es ist ein eminent wichtiges, und zwar kein pädagogisches und auch kein juristisches, sondern ein zentrales, ein grundsätzliches Problem, solange man diesen Widerspruch zwischen dem deutsch-polnischen Vertrag vom Dezember 1970 und dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes nicht beseitigt! Und hier muß etwas geschehen!

Natürlich liegt es nicht in unserer Kompetenz, das zu tun, aber wir müssen uns darüber im klaren sein, daß es ein zentrales, ein äußerst wichtiges und dabei ein politisches Problem ist. Und um hier irgend etwas zu erreichen, müssen wir die öffentliche Meinung, von der Herr Professor Mertineit so schön gesprochen hat, mobilisieren. Gesetze sind schließlich nicht ewig, und dieser Widerspruch zwischen dem Vertrag von 1970 und dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes muß aufgehoben werden - das ist eines der wichtigsten Probleme!

Ich möchte hier noch einige kritische Bemerkungen zu dem Referat von Herrn Minister Girgensohn machen. Ich bin geneigt, anzunehmen, daß es ein Kompromiß war, aber es war ein schlechter Kompromiß und ist keineswegs ein Fortschritt. Ein Fortschritt wäre es gewesen, wenn man erreicht hätte, daß nicht in drei, sondern in acht Ländern Atlanten benutzt werden, die keine "Perlenkette" enthalten. Aber wenn alle die Länder, die bis 1980 Atlanten hatten, die die "Perlenkette" nicht aufwiesen, jetzt gezwungen werden, die "Perlenkette" zu übernehmen, vermag ich darin keinen Fortschritt zu sehen. Es ist ein Kompromiß, aber leider ein Kompromiß, der eine Niederlage, eine Kapitulation beinhaltet, und zwar eine Kapitulation derjenigen, die den deutsch-polnischen Vertrag ernst nehmen. Herr Diederich hat wohl - wenn ich ihn richtig verstanden habe - gemeint, das sei nicht so wichtig; es gebe eben Länder, für die der Vertrag gelte, und andere Länder, für die er nicht gelte. Das kann ich nicht akzeptieren, denn diesen Vertrag hat die Volksrepublik Polen mit der Bundesrepublik Deutschland und nicht mit einzelnen Bundesländern abgeschlossen, und dieser Vertrag ist demzufolge für beide Seiten obligatorisch! Deshalb halte ich es für eine der wichtigsten Aufgaben der ganzen fortschrittlichen Kräfte in der Gesellschaft - und natürlich auch unserer Kommission - , daß dieses Schlüsselproblem, über das wir ja immer wieder sprechen, auch gelöst wird.

Zum Abschluß möchte ich noch einige optimistische Bemerkungen machen. Es sieht ja keineswegs überall so schlecht aus. Ich arbeite seit Jahren - genau: seit 1972 - in der Kommission mit und muß feststellen, daß wir doch ziemlich viel erreicht haben. Die Lehrbücher aus dem Jahre 1970 sind mit denen aus dem Jahre 1980 nicht zu vergleichen.

Das Bild Polens in den deutschen Lehrbüchern von heute ist adäquater, als es im Jahre 1970 war. Eine ganze Menge von Vorurteilen wurde beseitigt - das muß ich hier ehrlicherweise feststellen -, und darin sehe ich eine wirkliche Errungenschaft. Vielleicht ist es nicht nur eine Errungenschaft unserer Kommission, vielleicht ist es auch ein Resultat der Entspannung, die in den siebziger Jahren deutlich festzustellen war. Dazu muß ich allerdings sagen, daß hier in den letzten Jahren eine leichte Hemmung eingetreten ist. Das Interesse für die Kommission, über die heute sogar schon Witze im Umlauf sind, ist wesentlich geringer geworden, obwohl es sich hier nach wie vor um ein wichtiges politisches und moralisches Problem handelt. Wir können ja nicht in der Schule die Probleme ehrlich für erledigt erklären, wenn wir die Fragen, von denen ich eben gesprochen habe, nicht erledigt haben.

Aber ich möchte noch einmal betonen, daß ich, was die Bearbeitung der Lehrbücher angeht, einen großen Fortschritt sehe. Natürlich gibt es auch da noch verschiedene Mängel. Unlängst habe ich ein Buch bekommen, an dem festzustellen war, daß die alten, falschen Vorstellungen sogar exportiert werden. In diesem Buch - es ist in Basel und Straßburg erschienen - werden die besagten Gebiete als "unter polnischer Verwaltung" stehend dargestellt, und es findet sich dort nicht nur die Feststellung, daß Polen als Staat im 14. Jahrhundert - anstatt im 10. Jahrhundert - entstanden sei, sondern auch die Behauptung, die Teilung Polens sei ein Resultat der polnischen Expansion nach Osten! Aber das sind Einzelheiten, das sind ganz, ganz vereinzelte Fälle. Im allgemeinen ist eine wirkliche Verbesserung eingetreten.

Aber ich möchte noch einmal betonen, daß wir ein sehr wichtiges Problem vor uns haben, das es zu erledigen und zu beseitigen gilt, soweit das uns möglich ist: das Problem der "Perlenkette". Ich hoffe, daß uns das gelingen wird, denn darin sehe ich die Basis der Normalisierung der Beziehungen zwischen unseren Völkern und Staaten und die Basis für die richtige Erziehung der Jugend in eben diesem Geist.

PETER G. THIELEN:

Ich komme von der Uni Bonn, Pädagogische Fakultät, bin also alter PH-Mann, von Haus aus Lehrer. Wer, wie ich, erst seit heute mittag an dieser Tagung teilnimmt, stößt sofort auf das gewohnte Bild. Immer, wenn in der Öffentlichkeit oder unter Fachleuten verschiedener Couleur von den deutsch-polnischen Schulbuchkonferenzen die Rede ist, dann wird - und sicher mit Recht, wer wollte das herabwürdigen - von geschichtswissenschaftlichen Errungenschaften beider Seiten gesprochen. Es wird dann - eben hatten wir auch einige sehr respektable Kostproben davon - von den politischen Dimensionen geredet, in denen diese geschichtswissenschaftliche Forschungsarbeit steht. Wovon kaum oder bestenfalls ein-oder ausleitend die Rede ist, das ist das Bestimmungswort, um das es hier geht: das Schulbuch. Auch von Schülern oder Lehrern ist nur wenig zu hören. Ich möchte in diesem Zusammenhang eine Lanze für die Pädagogik brechen und andeuten, daß wir die pädagogische Dimension, in der das Ganze steht, vor wenigen Monaten in Zamość auf der XIV. Schulbuchkonferenz, bei unterschiedlicher Reaktion der Teilnehmer, angesprochen haben.

Aufhängen möchte ich meine Überlegungen an dem Begriff, der durch die gesamte, damit in Zusammenhang stehende Publizistik geistert, nämlich an dem Begriff der "Umsetzung". Ganz wenige Hinweise, auf das, was ich meine: Die gemeinsame Kommission ist seit eh und je aus Geschichtswissenschaftlern zusammengesetzt. Sie hat im wesentlichen - das ist ihre Begrenzung und ihre Stärke, und anders hätte es zunächst auch gar nicht laufen können - fachwissenschaftliche Ergebnisse vorgelegt. Und dann hat man in der Öffentlichkeit, zum Teil auch bei einzelnen Mitgliedern der Kommission auf beiden Seiten, geglaubt, wenn diese Ergebnisse in Richtlinien erlassen - und damit sind wir in der bürokratisch-administrativen Dimension - fixiert würden, dann sei die Umsetzung damit vollzogen. Da nun die Aufnahme in Richtlinien und Stoffpläne nicht so rasch erfolgte, wie vielleicht gehofft, fürchtete man um die Verwirklichung der Empfehlungen schlechthin. Hinter einem solchen Begriff von Umsetzung steckt ein Mißverständnis, ein antiquiertes Didaktik-Verständnis, etwa das der fünfziger Jahre. Damals war es doch so: Die Fachwissenschaft präsen-

tierte ihre Forschungsergebnisse, die Richtlinienautoren fixierten diese Ergebnisse dann administrativ. Die Didaktik hatte dann nur noch Methoden zu finden, mit denen diese Resultate den Schülern nahegebracht werden konnten.

Aber die Didaktik hat sich doch entwickelt in den letzten Jahren! Wenn Sie etwa an die Jeismann-Varianten denken, wenn Sie Didaktik als Wissenschaft vom Geschichtsbewußtsein sehen, wenn Sie daran denken, daß Didaktik heute so weit über das ursprüngliche Verständnis von Unterrichtsforschung hinausgediehen ist, daß selbst das Schulbuch, das Geschichtsbuch nur noch einen Faktor in diesem komplizierten Ineinander von Lehr- und Lernprozessen und ihren Medien darstellt, dann zeigt sich, daß man mit dem eben skizzierten Verständnis von "Umsetzung" nicht weiterkommt. Dann zeigt sich, daß wir im Grunde nicht mehr nur auf die Umsetzung in den Ministerien, sondern auf die Umsetzung in den Klassenzimmern drängen müssen. Eben war ja einmal, ganz richtig, vom Schülerbewußtsein die Rede. Umsetzung der Empfehlungen im Klassenzimmer, im Kursraum der Sekundarstufe II, im Lehrerzimmer - wenn wir das erreichen wollen, dann gibt es, meine ich, eine Unmenge mehr zu tun, als die Kommission selbst, personell und zeitlich, leisten kann.

Wir brauchen für diese Umsetzung an der Basis eine Fülle von Medien, und zwar im weitesten Sinne, denn "Umsetzung" ist ja ein Vermittlungsprozeß. Wir brauchen Unterrichtsmodelle aus dem Stoff- und Problemzusammenhang, den die Kommission erschließt. Wir brauchen Quellenhefte, curricular ansetzende Staatsexamensarbeiten und Referendarsarbeiten. Wir brauchen dies alles nicht nur im schuldidaktischen, sondern auch im hochschuldidaktischen Rahmen. Das Ganze dreht sich doch auch um die Frage, wie wir die Lehrerstudenten und übrigens auch die Lehrer in der Fortbildung zur Einsicht in diese Problemfelder bringen können, und leider ist auf diesem Gebiet, von einigen wenigen Ansätzen abgesehen, allzu wenig geschehen. Hier liegt ein reiches Arbeitsfeld vor uns.

Noch ein letzter Satz: Heute sind mit gutem Recht den Geographen Lorbeerkränze geflochten worden. In der Tat, die Geographie-Abteilung

der gemeinsamen Kommission hat diesen Didaktikauftrag von Anfang an mit im Auge gehabt und mit realisiert. Es zeigt sich also, daß eine Integration Fachwissenschaft, politische Ingredienzien und Fachdidaktik durchaus möglich ist.

+

PETER BENDER:

Herr Knepper, ich glaube, Sie haben ein eindrucksvolles Plädoyer für Ihren Standpunkt gehalten, und das, was Sie hier gesagt haben, ist wirklich sehr bedenkenswert. Um Klarheit zu schaffen, möchte ich Ihnen eine Frage, die ich heute morgen schon angeschnitten habe, noch einmal direkt stellen und Sie dann um eine Antwort bitten: Welche Aussicht sehen Sie, in einer vernünftigen Zeit - sagen wir: fünf oder sechs oder auch sieben Jahre - die sogenannten B-Länder, also die von der CDU regierten Länder, zu einer dem Warschauer Vertrag entsprechenden Haltung zu bringen? Daß Sie selbst in Nordrhein-Westfalen eine konsequente Lösung - das heißt, das Einzeichnen der Grenze von 1937 nur in eine historische Karte - nicht haben durchsetzen können, ja daß auch die SPD offensichtlich dagegen war, das gibt ja nicht eben viel Hoffnung. Ich meine, wenn man das als prinzipielle Frage ansieht, wie Herr Barbag das tut und wie es ja eigentlich auch richtig ist, so ist eine falsche Karte schon zuviel. Ich wüßte also gern: Hat diese Politik der kleinen Schritte Aussicht, soweit man das voraussagen kann, tatsächlich zum Ziel zu kommen?

Dann möchte ich - als zweites - einen Sprung machen und damit teilweise an meinen Vorredner anknüpfen, nicht in der Kompetenz als Großvater, sondern lediglich als Vater. Mir ist bei der Diskussion dieser Fragen klargeworden, daß die Schulbücher in der polnischen Pädagogik eine sehr viel wichtigere Rolle spielen als bei uns. Aber manchmal habe ich den Eindruck, wir streiten uns hier über Schulbücher, wir streiten uns hier über das, was in den Schulbüchern steht, obwohl die erste Frage sein müßte: Wie bringen wir überhaupt ein

Minimum an Geschichte an die Schüler heran, und noch dazu ein Minimum an Geschichte, die auch mit Polen zu tun hat? Die hier genannten Beispiele von Hindenburg und anderen sind ja doch keine Einzelfälle, die wir irgendwo einmal gehört hätten. Ähnliche Fälle lassen sich überall finden. Und das wird sich kaum ändern, solange in den Gesamtlehrplänen oder jedenfalls in der Praxis des Unterrichts Geschichte hinter der Behandlung soziologischer und sonstiger Denkweisen zurücksteht und derartig untergebuttert bleibt, wie das heute vielfach der Fall ist. Mir scheint also: solange wir nicht mehr Geschichte, und das heißt: dem Umfang nach mehr Geschichte, an die Schüler heranbringen, ist es für die Praxis relativ uninteressant, was in den Schulbuchempfehlungen und was in den Schulbüchern steht.

+

WERNER MAIBAUM:

Was Peter Bender hier eben gesagt hat, ist im Kern ja letztlich Kritik an diesem Kompromiß. Er hat sie nur so nett "verpackt", daß man sie eigentlich kaum heraushören konnte. Ich möchte aber ganz deutlich machen, daß es natürlich auch in den A-Ländern Kritik an diesem Kompromiß gegeben hat, und zwar nicht aus puristischen Motiven, sondern aus der großen Sorge heraus, daß aus einem Kompromiß letztlich dann doch ein Definitivum werden könnte. Das ist die große Furcht, die dahintersteht, und von daher haben wir, Herr Dr. Knepper und ich, uns immer wieder gestritten. Darf ich auf die Darstellung noch einmal ganz kurz eingehen?

Hier ist gesagt worden, die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen habe quasi unter Zugzwang gestanden, und zwar insofern, als die Bayern vorgehabt hätten, die Grenze zwischen der Volksrepublik Polen und der DDR durch eine besondere Markierung zu kennzeichnen. Heute vormittag ist hier darüber gesprochen worden, daß wir etwas offensiver gegenüber denjenigen vorgehen sollten, die immer wieder versuchen, den deutsch-polnischen Vertrag vom Dezember 1970 und das,

was inzwischen erreicht worden ist, zu unterlaufen. Ich glaube, es ist zweifelsfrei, daß dieser Vertrag, der zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen abgeschlossen worden ist, ein völkerrechtlicher Vertrag ist, und ich nehme nicht an, daß ein Bundesland in der Lage wäre, eine eigene Interpretation dieses Vertrages in der Form, wie Sie es dargestellt haben, vorzunehmen. Ein solcher Fall würde es meiner Ansicht nach rechtfertigen, das Bundesverfassungsgericht anzurufen. Abgedeckt durch das Urteil zum Grundlagenvertrag ist ja nur die Darstellung der Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR. Weiteres ist nicht abgedeckt. Aber ich lasse mich von Juristen gern belehren.

+

WALTER SPERLING:

Ich sehe das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes anders, was die Grenzlinie von 1937 anbetrifft. Die Linie bezieht sich nicht auf Territoriales, sondern auf die Einwohner in diesem Territorium. Es geht also um den Begriff des Inländers.

+

HERBERT KNEPPER:

Zunächst zu den Widerständen in Nordrhein-Westfalen. Dazu muß ich, da hier einiges wohl nicht klargeworden ist - ich habe gleich anschließend an mein Referat schon empfunden, daß ich das hätte präziser sagen sollen -, darauf hinweisen, daß es sich nicht um politische, sondern lediglich um juristische Widerstände handelte. Das heißt, es gab Juristen, und zwar viele Juristen, die unseren Auffassungen entgegenstehende Rechtspositionen vertraten und gesagt haben, das sei bedauerlich, aber sie könnten nicht anders. Im Laufe

der Zeit sind diese Rechtspositionen dann auch durch prominente Rechtsgelehrte bestätigt worden, nämlich durch die Professoren Frowein und v. Münch; auf Blumenwitz will ich gar nicht verweisen, aber v. Münch und Frowein müssen genannt werden, weil beide immerhin dem Beraterstab der Bundesregierung in Fragen der Ostpolitik - der neuen Ostpolitik - angehört haben.

Insbesondere waren beide meines Wissens als Völkerrechtler Berater bei der Abfassung des Warschauer Vertrages, stehen also nicht in dem Verdacht, etwa aus politischen Gründen dagegen zu sein. Beide haben in ihren Gutachten, die ja allgemein bekannt sind - der Verband der Schulbuchverlage hat sie in einer großen Dokumentation in hohen Auflagen gestreut, so daß sie jederzeit greifbar sind -, die Auffassung bekräftigt, daß eine Karte nichthistorischer Art mit "Perlenkette" das absolute rechtliche Minimum sei. Sie haben sogar noch gewisse Zweifel daran gelassen, ob es überhaupt genüge, wenn es nur eine sei. Aber die Interpretation, daß eine solche Karte genüge, ist schließlich - wir haben natürlich unsere Regelungen abzusichern versucht - immer wieder bestätigt worden.

Das heißt also, politische Widerstände hat es in diesem Umfeld nicht gegeben, das muß ich mit großem Nachdruck noch einmal sagen. Die Begründungen sind vielmehr in einer sehr fachlichen Weise argumentativ entfaltet worden, aber diese rechtliche Hürde war unübersteigbar.

Ich bin bekanntlich selbst nicht Jurist, kann das also hier nicht ebenso argumentativ entfalten, aber soviel kann ich wohl sagen, daß bestimmte Bundesverfassungsgerichtsurteile hier eine Rolle gespielt haben. Zutreffend ist auch - das kann ich bestätigen -, daß diese Urteile sich eigentlich auf eine andere Materie beziehen, eine ganz andere Materie als die, mit der sie ständig in Zusammenhang gebracht werden. Es ist ein rechtlich sehr verwickeltes Gebiet. Jedenfalls haben die von mir genannten Gutachten großen Eindruck gemacht. Zudem ist uns bislang kein prominenter Völkerrechtler bekannt, der eine Gegenposition dazu vertritt.

Nun zu dem anderen Punkt, dem Zugzwang für Nordrhein-Westfalen durch

Bayern. (Ich überspringe zunächst den Punkt "Chancen bei den B-Ländern", um ihn an dritter Stelle anzusprechen.)

Ein Zugzwang für Nordrhein-Westfalen durch Bayern bestand nicht - so kann man es nicht sehen -, sondern es war so, daß bei den Gesprächen, die zum Schluß angesichts dieser Regelung geführt wurden, die uns von Verlagen und anderen Stellen zugegangenen Informationen über die erwähnte neue bayrische Regelung natürlich einige Impulse gegeben haben. Wir wußten, was auf dem Spiele stand, und wir hatten die Hoffnung, daß, wenn es zu einem Kompromiß käme, diese bayrische Entwicklung damit gleichzeitig abgefangen werden könnte. Und das ist auch gelungen.

Es ist sogar festzustellen, daß Bayern das erste Land war, das den Grenzkompromiß umgesetzt hat. Das hat in dem Zusammenhang auch seine Gründe; ich möchte das hier nicht genauer ausführen, aber vielleicht kann man es sich denken. Auch im bayrischen Kultusministerium gibt es unterschiedliche Auffassungen; aber das ist ja allgemein bekannt, und ich will es - wie gesagt - nicht weiter ausführen.

"Zugzwang" kann man also nicht sagen. Im übrigen, Herr Maibaum, ist es natürlich richtig, daß diese von Bayern getroffene Erlaßregelung, die bereits definitiv verkündet war und den Verlagen monatelang als unabwendbare und immer wieder bekräftigte Regelung vorgelegen hat - bis sie vor kurzem aufgehoben worden ist, wie ich heute hörte -, natürlich von den Verlagen hätte angegriffen werden können. Und die Verlage waren dazu auch bereit. Ich weiß von Verlagen, die geplant hatten, dagegen vor das Bundesverfassungsgericht zu gehen. Aber in dem Diskussionszusammenhang, in dem ich eben diese Dinge erwähnt habe, spielt natürlich so etwas auch dann eine Rolle, wenn es letztlich nicht obsiegen kann, aber zu einer Verhärtung der Diskussion überhaupt beiträgt.

Nun zu den Chancen bei den B-Ländern: Die B-Länder sind in dieser Frage überhaupt keine Einheit. Das festzustellen ist ganz wichtig. Bereits in der Rede des Ministers wurde Ihnen ja berichtet, daß der harte Kurs stets nur von Bayern, Baden-Württemberg und Schleswig-

Holstein gefahren worden ist. Ganz auffallend anders verhielten sich Rheinland-Pfalz, das Saarland und auch Niedersachsen, Sitzland des Eckert-Institutes. (Das letztere wirkte sich natürlich aus.) Auch unter den harten Ländern gab es ganz klare Abstufungen, gibt es auch heute noch Abstufungen. Bayern hat immer eine gewisse Sonderstellung eingenommen, die sich allerdings im Zuge der neueren Entwicklung reduziert hat. Ich möchte sagen, der Beleg dafür, daß eine positive Entwicklung auch in den B-Ländern auch auf längere Sicht in die Zukunft hinein prognostiziert werden kann, ist einfach aus dem nun von ihnen akzeptierten Kompromiß abzuleiten. Es scheint dieser Kompromiß einen so starken Sinneswandel zu dokumentieren, daß man geneigt ist, von einer Bewußtseinsverschiebung zu sprechen, eine Bewegung, die nun, da sie einmal in Gang gekommen ist, die Hoffnung rechtfertigt, daß sie in absehbarer Zeit nicht völlig zum Stillstand kommt, sondern daß sich daran Anschlußbewegungen ermöglichen lassen.

Viel größer ist für mich das Problem der juristischen Fixierung durch die Interpretation, von der wir eben gesprochen haben. Genau: die Fixierung, auf die Professor Barbag hingewiesen hat, daß nämlich im Grunde die Position, die in diesem Zusammenhang eine endgültige Befriedung auch aus polnischer Sicht bringen könnte, von keiner Administration in der Bundesrepublik zur Zeit vertreten werden kann. Sie ist im Moment nur als Fernziel zu formulieren, da die Diskussion unter den Rechtsgelehrten den uns bekannten Verlauf genommen hat. Ich sehe im Augenblick keine andere Änderungsentwicklung als etwa die, daß die Gesamtstimmung der Bevölkerung auf Dauer doch so stark bewußtseinsverschiebend wirkt, daß dies irgendwann einmal auch auf die rechtlich verbindliche Interpretation der Verträge durchschlägt. Das hoffe ich sehr; auch da bin ich optimistisch, obwohl das eine größere Hürde ist als die andere, die eben angesprochen wurde und die in einem gewissen Retardieren auf der B-Seite besteht. Diese größere Hürde halte ich für die langfristig entscheidende.

FRANZ THÖNEBÖHN:

Ich bin Mitglied der Landesschulbuchkommission Politische Bildung, die im Auftrage des Kultusministers NW Schulbücher für Geschichte, Erdkunde und Politik hinsichtlich ihrer Verwendbarkeit im Unterricht untersucht.

Das Thema dieser Tagung heißt: "Die deutsch-polnischen Beziehungen am Beispiel der Umsetzung der Schulbuchempfehlungen in Nordrhein-Westfalen". Gestatten Sie, daß ich diese Thematik wieder räumlich auf den Bereich Nordrhein-Westfalen eingrenze.

Meine Kollegen und ich sind vornehmlich in den ersten Jahren unserer Tätigkeit ständig mit der Frage konfrontiert worden, wie Schulbücher und Atlanten zu bewerten seien, die Deutschland und seine östlichen Nachbarn in ihren Beziehungen so darstellten, wie dies in den sechziger Jahren gang und gäbe war.

In diesem Zusammenhang erinnere ich mich an einen Brief, den der damalige Vorsitzende Katzy und ich im Jahre 1975 an den Kultusminister gerichtet und in dem wir Fragen, die im Laufe der beiden letzten Tage hier zur Sprache gekommen sind, angesprochen haben; beispielsweise das Problem der sogenannten "Perlenketten" in Karten nach dem Abschluß der Ostverträge oder das der Verwendung bestimmter Bezeichnungen in geographischen Karten, wie zum Beispiel "Ehemalige dt. Ostgebiete", innerhalb des polnischen Staatsgebietes.

Wenn man jetzt einmal daraufhin die heute in Nordrhein-Westfalen genehmigten Schulbücher und Atlanten überprüft, meine ich schon, daß hinsichtlich dieser Lernmittel allein durch die Tätigkeit der Landesschulbuchkommission Verbesserungen im Sinne einer weiteren Verständigung zwischen Deutschen und Polen festzustellen sind, wenn auch immer noch "Perlenketten" vorhanden sind. Denn eine oder einige Karten mit "Perlenketten" sind weniger als vierzig oder fünfzig solcher Karten. Irgendwo, so meine ich, mündet auch die abnehmende Anzahl der "Perlenketten"-Karten in jenen qualitativen Veränderungsprozeß ein, der die Basis für die Verständigungsbereitschaft zwischen Deutschen und Polen verstärkt. Uns als Praktikern ist sicher-

lich geholfen mit einem Erlaß, der trotz seiner Kompromißhaftigkeit - der Friedensvertragsvorbehalt kann nicht außer acht gelassen werden - einen Schritt in diese Richtung gegangen ist.

Und noch ein Wort aus der Sicht des Praktikers: Auch einige Karten mit "Perlenketten" können hilfreich sein, die Geschichte Deutschlands den Schülern zu gegenwärtigen. Denn etwas dürfen wir nicht vergessen: Schule, Unterricht laufen nicht nur über das Vehikel Schulbuch ab. Der Lehrer hat eine ganz wesentliche Funktion innerhalb des Unterrichts zu erfüllen; und wenn es dann so ist, wie Herr Mertineit sagte, daß Hunderttausende von Exemplaren dieser deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen in der Bundesrepublik Deutschland verteilt worden sind, dann werden die Adressaten häufig Lehrer gewesen sein, die sich mit diesen Dingen kritisch befassen und feststellen, daß zum Beispiel Karten mit "Perlenketten" in den Lernmitteln abgenommen haben. Gleichzeitig wird es Schüler geben, die bemerken, daß auf bestimmten Karten die Grenzen des Deutschen Reiches vom 31. Dezember 1937 eingezeichnet sind. In dieser Situation wird es wiederum Lehrer geben, die durchaus in der Lage sind, ihren Schülern erstens zu erklären, wodurch die Unterschiede verschiedener kartographischer Darstellungen bedingt sind, und zweitens, daß in den Jahren von 1970 bis 1980/81 sehr wohl einiges im Sinne der Völkerverständigung mit den östlichen Nachbarn in Bewegung geraten ist.

Ein letztes: Probleme der inhaltlichen Ausgestaltung von Schulbüchern hat es nicht nur bezüglich der Darstellung des Verhältnisses zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Polen gegeben, sondern es waren und sind auch andere Länder tangiert. Ich denke da an die Länder der Dritten Welt. Und wenn man sich einmal die Mühe macht, heutige Schulbücher mit früheren zu vergleichen, so muß man feststellen, daß "negative Originalitäten", die das Verhältnis der Völker untereinander belasten, ausgemerzt sind.

Es gibt in dieser Hinsicht keine Kapitel, kurze Sätze oder Feststellungen in den Schulbüchern mehr, die die Mitglieder der Landes-schulbuchkommission zu einer ablehnenden Haltung veranlaßten. Es

haben in der Tat zahlreiche Verbesserungen stattgefunden, so daß man heute auch in bezug auf die östlichen Nachbarn der Bundesrepublik Deutschland in der Regel von einer ausgeglichenen und ausgewogenen Darstellung sprechen kann.

Die neue Vereinbarung der Kultusministerkonferenz wird weiteres bewirken.

+